



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 01

06. Januar 2013

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint etwa alle ein bis zwei Wochen. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.



Inhalt

- 01** Innenminister a.D. Dr. Thomas Schäuble ist tot
- 02** Kabinett stellt weitere Weichen für Polizeireform
- 03** "Die Logik dieser Reform erschließt sich mir nicht"
- 04** Grün-Rot verprellt Polizeifreiwillige
- 05** NSU: Verfassungsschutz sieht sich zu Unrecht am Pranger
- 06** Für ein öffentliches Alkoholverbot: Kretschmann und Gall finden keine politischen Mehrheiten
- 07** Sonderheft zur Einkommensrunde 2013
- 08** Endspurt bei der DPoIG-Mitgliederwerbeaktion

01 Innenminister a.D. Dr. Thomas Schäuble ist tot

Quelle: verschiedene Medien vom 4.1.2013



Der frühere baden-württembergische Innenminister Thomas Schäuble ist tot. Der Bruder von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble starb an den Folgen eines Herzinfarkts.

Thomas Schäuble erlag am 3. Januar den Folgen eines Herzinfarkts, wie am Freitag aus der Südwest-CDU in Stuttgart verlautete. Der 64-Jährige hatte den Herzinfarkt im vergangenen Juli erlitten und zuletzt im Wachkoma gelegen.

Thomas Schäuble wurde am 23. Juli 1948 in Hornberg im Schwarzwald geboren. Sein Vater Karl Schäuble hatte von 1947 bis 1952 dem badischen Landtag angehört. Nach dem Abitur und dem Studium der Juristerei einschließlich Promotion ging er in den Staatsdienst. 1984 wurde er zum Oberbürgermeister von Gaggenau (Kreis Rastatt) gewählt. 1988 zog er erstmals in den Landtag ein, 1991 ernannte ihn Ministerpräsident Teufel zum Verkehrsminister. Während der großen Koalition der Jahre 1992 bis 1996 übernahm er das Justizressort, danach bis zu seinem Ausscheiden aus der Politik das Innenministerium.

2004 gab Schäuble seinen Kabinettsposten auf und führte fortan die Staatsbrauerei Rothaus. Nach seinem Herzinfarkt kehrte er aber nicht mehr auf diesen Posten als Brauereichef zurück. Anfang Dezember teilte die Regierung mit, dass sein Vertrag aufgelöst werde.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft trauert mit der Familie von Thomas Schäuble und wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

02 Kabinett stellt weitere Weichen für PolizeireformQuelle: [Pressemitteilung](#) des Staatsministeriums und andere Medien vom 18. und 19.12.2012

Der Ministerrat hat am 18. Dezember 2012 dem vorgelegten Konzept zur Polizeireform zugestimmt und das Innenministerium mit der Umsetzung sowie der Vorlage des Gesetzentwurfs im ersten Quartal 2013 beauftragt.

„Mit der Polizeireform schaffen wir eine leistungsfähige und ausgewogene Polizeistruktur, die dazu beiträgt, dass die Polizei ihre vielfältigen Aufgaben auch in Zukunft verantwortungsvoll erfüllen kann. Diese Reform ist daher eine Investition in die Sicherheit unseres Landes“, betonte Ministerpräsident Winfried Kretschmann in Stuttgart. Als nächsten wichtigen Schritt habe Innenminister Reinhold Gall dem Ministerrat das Umsetzungskonzept für die Reform, das Konzept zur sozialverträglichen Um-

setzung, den Entwurf des Polizeistrukturreformgesetzes sowie die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, die vom Innenministerium in Abstimmung mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft erstellt worden sei, vorgestellt.



Die Reform erfordere zwischen 2013 und 2028 voraussichtlich einen Finanzbedarf in Höhe von rund 336 Millionen Euro, dem im gleichen Zeitraum Einsparungen und Erlöse von rund 213 Millionen Euro gegenüber ständen. Der größte Anteil daran ergebe sich in den kommenden 15 Jahren bei den Liegenschaften. Hier seien reformbedingte Investitionen in

Höhe von rund 280 Millionen Euro erforderlich, allerdings würden auch rund 174 Millionen Euro durch den Verkauf nicht mehr benötigter Liegenschaften erlöst. „Diesen Kosten in der Start- beziehungsweise Umsetzungsphase stehen mittel- bis langfristig spürbare Einsparungen gegenüber.“

Die Reform sei kein ideologisches Konstrukt, sondern sie folge veränderten Realitäten: Erstens einer "dramatischen Personalreduzierung um 1000 Stellen" unter der Vorgängerregierung, die zweitens auch den Etat innerhalb acht Jahren um ein Fünftel zurückgefahren habe. Und drittens, bemerkte Minister Gall, gebe es eine nicht minder dramatische Veränderung in der Kriminalitätsstruktur hin zu Straftaten im Internet. Die Neuorganisation basiere deshalb auf dem Sachverstand der Polizei, dieser Entwicklung begegnen zu können.

Allerdings nur ganz allmählich. "Die Polizei wächst in diese Struktur hinein", am Ende aber werden rund 620 Beamte mehr im operativen Geschäft tätig sein. Diese Rendite, räumt Gall ein, falle entgegen der ersten Schätzung etwas geringer aus. Hinzu komme die Arbeitskraft von 240 Beschäftigten, die nicht direkt im Polizeivollzug tätig sind. Dabei wird der Stab drastisch verringert: Derzeit liegt die Quote von Leitungspersonal zwischen sechs und sieben Prozent, am Ende der Reform soll sie nahezu halbiert werden und zwischen drei und vier Prozent liegen.

Wie setzen sich die Kosten und Nutzen zusammen? Bis 2028 werden 336 Millionen Euro ausgegeben, die vor allem in Baumaßnahmen fließen, die allein 280 Millionen betragen. In Offenburg, Tuttlingen, Ludwigsburg, Aalen, Reutlingen, Ulm und Heilbronn sind Neu-, An- und Umbauten für die dort geplanten regionalen Polizeipräsidien nötig.

Wer wann mit welcher Baumaßnahme drankommt, sei allerdings noch nicht entschieden. Hinzu kommen im Wesentlichen Kosten für den Wechseldienst (26 Millionen) und die Leitstellentechnik (elf Millionen). Dies alles verteilt bis 2028 macht, rechnete Gall vor, 0,02 Prozent des gesamten Staatshaushaltes aus. Auf der Haben-seite stehen die Einsparungen ebenfalls hauptsächlich bei den Immobilien (174 Millionen), den polizeilichen Leitstellen (15 Millionen) und dem Fahrzeugpool (13 Millionen).

Dies alles, kritisiert FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke, sei künstlich kleingerechnet, auch die Landtags-CDU bezweifelt Galls Zahlenwerk. Die Opposition geht von Kosten zwischen einer halben und einer Milliarde aus, was der Innenminister wieder-

rum nicht versteht: "Die haben Zahlen aufgeschnappt und können sie nicht einordnen."

Anmerkungen der ID-Redaktion:

Auch nach der neuerlichen Bestätigung der Grundsatzentscheidungen des Ministerrats zur Polizeireform hält die Deutsche Polizeigewerkschaft an ihrer grundsätzlichen Kritik an dieser überdimensionierten Reform fest.

Zitat

„Nichts wird besser, aber alles wird anders und vor allem teurer.“ (Joachim Lautensack, Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft zur geplanten Polizeireform)

RNZ vom 19.12.2012

„Nichts wird besser, aber alles wird anders und vor allem teurer“, sagte DPolG-Landesvorsitzender Joachim Lautensack. Außer den eigentlichen Reformern und den unmittelbaren Projektverantwortlichen halten wirklich nicht viele Fachleute etwas von dieser Reform, wie der Beitrag unter

dem nachfolgenden TOP sehr deutlich belegt.

Mit Blick auf die nunmehr veröffentlichte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und die Kosten der Polizeireform sagte Joachim Lautensack der Deutschen Presseagentur (dpa): „Der Betrachtungszeitraum von insgesamt 15 Jahren ist aberwitzig und zeigt gleichzeitig, dass die Polizei nach der Reform über diesen gesamten Zeitraum hinweg in einem gigantischen Provisorium leben und arbeiten muss.“ Fakt sei auch, dass die Reform bis ins Jahr 2028 unter dem Strich nur Geld koste und keinerlei Einsparungen bringe. Ob sich die in Aussicht gestellten Minderbedarfe z.B. für Liegenschaften (Verkauf von Dienstgebäuden, Aufgabe von Mietverhältnissen, u.a.) und Polizeitechnik überhaupt erwirtschaften bzw. erzielen lassen, ist aus Sicht der Polizeigewerkschaft ebenso fraglich wie die Kostenentwicklung in den nächsten 15 Jahren. Vorhersehbar sei auch, dass aufgrund der limitierten Investitionen für bestimmte Zeitintervalle die neuen Polizeidienststellen Jahr für Jahr darum buhlen müssen, in der Prioritätenliste weit nach vorne zu kommen.

Joachim Lautensack vergleicht die Entscheidung des Ministerrats mit der Ausstellung eines ungedeckten Blankoschecks, da die Kosten in den kommenden Landeshaushalten noch gar nicht gegenfinanziert seien und das Land bis zur Schuldenbremse im Jahr 2020 ohnehin ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden Euro auszugleichen habe. „Am Ende werden die Beamten und der öffentliche Dienst auch diese unnötigen Kosten noch bezahlen müssen“ sagt Lautensack voraus.

03 "Die Logik dieser Reform erschließt sich mir nicht"

Quelle: RNZ vom 04.01.2013



Ende Mai 2014 wird er in den Ruhestand gehen - nach dann 44 Dienstjahren, davon 15 als Chef der Heidelberger Polizeidirektion. Dass er nicht noch länger im Dienst bleibt, was durchaus möglich gewesen wäre, das "hat wirklich nichts mit der Polizeireform zu tun", sagt Polizeidirektor Bernd Fuchs: "Das stand schon lange vorher fest". Dessen ungeachtet ist er alles andere als ein Freund der Reform, bei der die Heidelberger Polizeidirektion Ende des Jahres aufgelöst beziehungsweise eingegliedert wird in ein neues Mega-Präsidium Mannheim. "Ich

halte diese Entscheidung für falsch", sagt er klipp und klar.

Dabei macht Bernd Fuchs überhaupt keinen Hehl daraus, dass eine Neustrukturierung der Polizei in Baden-Württemberg überfällig war. "Aber der Schnitt, den die Landesregierung jetzt macht, mit einer Reduzierung auf nur noch zwölf Präsidien, ist mir zu radikal". Die Polizeidirektion Heidelberg habe längst unter Beweis gestellt, dass sie auch von der Größe her absolut leistungsfähig und dabei auch immer wieder innovativ sei. Mit rund 1400 Bediensteten sei sie im Übrigen heute schon stärker als manch anderes der künftigen Großpräsidien - und schon allein deshalb hätten Heidelberg und Mannheim als jeweils eigenständige Präsidien gut und gerne nebeneinander bestehen können und wären in der Lage gewesen, effizient zu arbeiten, sagt er. Hinzu komme, dass nach seiner Überzeugung polizeiliches "Know How" unmittelbar vor Ort verloren gehe mit einer solchen Zentralisierung. "Gerade auch bei der Schließung der Kriminalaußenstellen".

Dass man beim Zusammenschluss der Dienststellen auch noch eine "Lex Mannheim" geschaffen habe, indem man die größere Polizeidirektion Heidelberg der kleineren Mannheim zuordne, sei "eine Logik, die sich mir nicht erschließt", so Fuchs. Wenn man beide schon zusammenlege, hätte sich eher ein Sitz des Präsidiums in Heidelberg angeboten: "Zumal wir dafür auch räumlich die besseren Möglichkeiten gehabt hätten, nämlich im ehemaligen Nato-Hauptquartier in der Römerstraße".

Das alles jedoch sei letztlich "offenbar politisch nicht so gewollt" gewesen, so Fuchs: "Und deshalb reden wir jetzt nicht mehr über Sinn und Unsinn der Reform, denn alles Jammern hilft ja am Ende doch nicht". Stattdessen werde er sich den Rest seiner Dienstzeit dafür einsetzen, "das alles gut und ordentlich auf den Weg zu bringen - und zwar so, dass es vor allen Dingen auch im Sinne der Bürger umgesetzt werden kann".

04 Grün-Rot verprellt Polizeifreiwillige

Quelle: dpa vom 27.12.2012

Grün-Rot will eigentlich mehr Menschen im Südwesten für das Ehrenamt begeistern. Die Realität sieht aber anders aus: Die neue Landesregierung schafft den freiwilligen Polizeidienst ab und lässt die Ehrenamtlichen ausbluten.

Dem seit 1963 bestehenden freiwilligen Polizeidienst wird nach den Worten der Polizeigewerkschaft (DPoIG) langsam aber sicher der Saft abgedreht. «Das Budget für die Freiwilligen betrug im Jahr 2010 noch rund zwei Millionen Euro, für 2013 und 2014 sind 800 000 Euro und 600 000 Euro eingeplant», sagte der DPoIG-Landesvorsitzende Joachim Lautensack in Stuttgart.

Den Rotstift im kommenden Jahr gleichwohl derart überraschend und drastisch anzusetzen, bedeute das vorzeitige, faktische Aus für den freiwilligen Polizeidienst. «Das ist die übelste Art mit ehrenamtlichen Mitarbeitern umzugehen, in Baden-Württemberg, dem Land des Ehrenamtes», betonte Lautensack. Man wolle den freiwilligen Dienst nicht mehr und mache ihm deshalb mit dem stark gekürzten Budget den Garaus. «Anständiger wäre ein klarer Schnitt mit einer offiziellen Verabschiedung, als sie so ausbluten zu lassen.»

Dieser Ansicht sind auch andere Polizisten im Land. In einem Brief an den Inspekteur der Polizei, Gerhard Klotter, beklagt sich ein führender Polizeibeamter über den Umgang mit den Freiwilligen. Der schleichende Prozess eines Endes für den freiwilligen Polizeidienst werde dem hohen Stellenwert, dem Baden-Württemberg dem Ehrenamt zuschreibt, und dem einzelnen Menschen nicht gerecht, heißt es darin.

Der freiwillige Polizeidienst ist seit Jahren umstritten. Unter Grün-Rot wird er zum Auslaufmodell. Das Land verhängte einen Aufnahmestopp. Damit werden keine Freiwilligen mehr eingestellt und Bewerbungen nicht mehr angenommen. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland mit freiwilligem Polizeidienst. Entlassungen soll es laut Innenminister Reinhold Gall (SPD) keine geben.

Als Grund hatte der Minister zunehmende Gewaltbereitschaft gegen Polizisten genannt. Für den anspruchsvollen und nicht immer ungefährlichen Beruf brauche es Spezialisten sowie eine umfassende Ausbildung, zu der etwa das Training für Anti-Amok-Einsätze gehöre.

Der freiwillige Polizeidienst ermöglicht Bürgern, in der Freizeit als Polizist zu arbeiten. Sie tragen Uniform und Waffe und sind von regulären Beamten kaum zu unterscheiden. Landesweit gebe es derzeit 1175 Polizeifreiwillige. Sie werden vor Dienstbeginn geschult.

Schon in der großen Koalition von 1992 bis 1996 hatte die SPD versucht, den freiwilligen Polizeidienst abzuschaffen, war jedoch am Widerstand der CDU gescheitert.

05 NSU: Verfassungsschutz sieht sich zu Unrecht am Pranger

Quelle: dpa und verschiedene Printmedien

Seit der Affäre um das Mörder-Trio NSU ist bei den Geheimdiensten nichts mehr wie früher. Auch die Schlapphüte in Baden-Württemberg müssen sich bohrende Fragen gefallen lassen.



Der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg sieht sich wegen der Pannen im Fall der rechtsextremen Zwickauer Terrorzelle von der Politik zu Unrecht in Mithaftung genommen. Obwohl es im Südwesten anders als etwa in Thüringen keine gravierenden Fehler gegeben habe, stehe man ebenfalls unter massiven Reformdruck, hieß es aus der Stuttgarter Behörde. «Es ist ein massiver Frust bei den Mitarbeitern da. Der Vorwurf, auf dem rechten Auge blind zu

sein, ist niederträchtig und bitter», sagte ein Verfassungsschützer, der namentlich nicht genannt werden will, der Nachrichtenagentur dpa.

Aus Sicht des CDU-Obmanns des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag, Clemens Binniger, müssen die Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg einige offene Fragen klären. So habe die Polizei nach dem Mord an der Polizistin Michele Kiesewetter in Heilbronn zwei Jahre verloren, weil sie in der sogenannten Wattestäb-

chen-Affäre ein Phantom suchte. Der Zwickauer Zelle werden zudem Morde an neun Kleinunternehmern türkischer und griechischer Herkunft vorgeworfen.

Eine Panne leistete sich die Polizei laut Binninger auch nach der Ringfahndung im Anschluss an den Mord an Kieswetter. «Obwohl ein Zeuge am Abend vor der Tat ein Wohnmobil an der Theresienwiese gesehen hatte, wurden die Kennzeichen von sechs bei der Ringfahndung festgestellten Wohnmobilen nicht überprüft», sagte Binninger. Der CDU-Politiker sprach sich dafür aus, in die anstehenden Reformen nicht nur den Verfassungsschutz, sondern auch Justiz und Polizei mit einzubeziehen. Der Innenexperte der Landtags-CDU, Thomas Blenke, forderte Binninger auf, sich mit Ratschlägen zurückzuhalten. «Ich halte es für nicht angebracht, die damals ermittelnden Polizisten so zu kritisieren und aus der Ferne Ratschläge zu geben», sagte Blenke der dpa. Er kenne zwar die neuesten Erkenntnisse des NSU-Ausschusses nicht, aber: «Da weist nicht übermäßig viel nach Baden-Württemberg.» Dennoch müssten die Ereignisse behutsam aufgearbeitet werden. Er sprach sich erneut für eine stärkere parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes aus. «Die Ratschläge von Herrn Binninger nehmen wir zur Kenntnis.»

Auch der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Joachim Lautensack, warnte trotz aller öffentlichen Empörung über Versäumnisse und Fehlleistungen von Verfassungsschutzbehörden und Polizei «jetzt nicht die ganz große Axt an der Sicherheitsarchitektur anzulegen». Er ist sich sicher: «Weder die Polizei noch der Verfassungsschutz sind auf dem rechten Auge blind. Es ist im Zusammenhang mit dem Mord an Michele Kiesewetter geradezu aberwitzig zu unterstellen, die Ermittler hätten nicht alles versucht, den heimtückischen Anschlag auf die beiden Kollegen aufzuklären.»

Nach Angaben von Lautensack gibt es zahlreiche Möglichkeiten zur Optimierung der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Sicherheitsbehörden beim Bund und bei den Ländern. «Bislang scheiterten viele solcher Ansätze zum Informationsaustausch, zur Einrichtung und Verwendung gemeinsamer Datenbanken und Analysedateien, und auch zum Einsatz technischer Überwachungsmaßnahmen vor allem an datenschutzrechtlichen Bedenken und auch an der Mehrheitsfindung bei den Gesetzgebern.» Deshalb wäre es falsch, alleine den Sicherheitsbehörden die Schuld für Unzulänglichkeiten zuzuweisen.

Lautensack wies auch auf das politische Hick-Hack zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung hin. Letztlich entscheide der Gesetzgeber darüber, welche Kompetenzen und welche Möglichkeiten den Ermittlungsbehörden personell, technisch und rechtlich eingeräumt werden sollen. «Pauschales, organisiertes Misstrauen gegenüber den Sicherheitsbehörden jedenfalls wäre auch angesichts einiger Fehlleistungen völlig fehl am Platz.»

Nach Binningers Überzeugung muss der Untersuchungsausschuss im kommenden Jahr noch klären, wie stark der Bezug des Mörder-Trios nach Baden-Württemberg war. Der Ausschuss will daher eigene Nachforschungen zur Ku-Klux-Klan-Affäre in Baden-Württemberg anstellen. Binninger sagte, es geben Hinweise auf Verbindungen zwischen dem rassistischen Geheimbund Ku-Klux-Klan und der rechtsextremen Terrorzelle NSU. So fand man im Adressbuch von Uwe Mundlos den Namen eines Mannes, der auch dem Ku-Klux-Clan Sektion Schwäbisch-Hall angehört hatte. Zeitweise hatten auch zwei Polizeibeamte aus Baden-Württemberg dieser Sektion angehört.

06 Für ein öffentliches Alkoholverbot: Kretschmann und Gall finden keine politischen Mehrheiten

Quelle: dpa/lsw vom 02.01.2013

Kretschmann will Debatte über Alkoholmissbrauch «ohne Denkverbote»

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) will im Kampf gegen Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen eine Debatte «ohne Denkverbote». Der Regierungschef wolle losgelöst vom bisherigen Streit um ein Alkoholkonsumverbot mit den Landesvorsitzenden von CDU, FDP, Grünen und SPD sowie mit Vertretern der Kommunen darüber beraten, wie man das Problem in den Griff bekommt, sagte ein Sprecher am Mittwoch in Stuttgart und bestätigte einen Bericht der «Stuttgarter Nachrichten».

In der Einladung zum Runden Tisch betonte Kretschmann, es sei ihm «ein persönliches Anliegen», die Kommunen mit den Problemen nicht alleinzulassen. Das brisante Thema eines zeitlich und örtlich eingegrenzten Alkoholkonsumverbots auf öffentlichen Plätzen - das im Parlament keine Mehrheit hat - spiele dabei nicht die zentrale Rolle. Vielmehr solle beim Treffen am 24. Januar nach vorbeugenden und restriktiven Maßnahmen gesucht werden, wie Saufgelage in Kommunen verhindert beziehungsweise geahndet werden können, hieß es.

Der Gemeindetag begrüßte die weitere Diskussion. Kretschmann ist anders als die meisten seiner Parteifreunde für ein Verbot, ebenso wie Innenminister Reinhold Gall (SPD). Allerdings gibt es dafür auch in der SPD keine Mehrheit. Auch in der FDP ist der Widerstand groß. Sie hatte im gemeinsam mit Grünen und SPD im Landtag einen Gesetzentwurf der CDU-Fraktion für ein Alkoholverbot abgelehnt.

Gall sieht Runden Tisch zum Alkoholverbot skeptisch

Trotz der Ablehnung in der grün-roten Regierungskoalition hält Innenminister Reinhold Gall (SPD) an einem Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen fest. «Ich vertrete nach wie vor die Ansicht, dass den Kommunen die Möglichkeit gegeben werden muss, in begründeten Fällen ein Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen auszusprechen», sagte Gall am Mittwoch der Nachrichtenagentur dpa in Stuttgart. Vom Runden

Tisch «Lebenswerter öffentlicher Raum», zu dem Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) eingeladen hat, verspreche er sich zwar intensives Nachdenken über das Thema - für erfolgversprechend halte er den Weg über mehr Vorbeugung aber nicht.

So seien in Freiburg Bemühungen, präventiv gegen Alkoholexzesse vorzugehen, fruchtlos geblieben. Deshalb habe sich die Stadt gezwungen gesehen, ein Verbot auszusprechen. Dieses war aber mangels gesetzlicher Grundlage vom Verwaltungsgerichtshof einkassiert worden.

Die Idee eines gesetzlichen Alkoholverbots sei nicht im Innenministerium geboren worden, betonte Gall. Vielmehr handele es sich um einen «eindringlichen Hilferuf» der Kommunen. Beim SPD-Landesparteitag Ende September hatten die Delegierten einen Antrag der Jusos gegen Galls Alkoholverbot angenommen. «Die demokratischen Spielregeln verlangen nun von mir, dass ich das Gesetzgebungsverfahren ruhen lasse.» Er fügte aber hinzu: «Aber vielleicht finden sich irgendwann die notwendigen Mehrheiten.»

Kommentar zum Alkoholverbot

Kretschmann sucht Alternativen zum Alkoholverbot

Thomas Breining, Stuttgarter Zeitung vom 02.01.2013

Stuttgart - Nun versuchen sie es noch einmal: Die grün-rote Landesregierung lädt an einen Runden Tisch. An ihm soll beraten werden, wie man übermäßigen Alkoholgenuß auf öffentlichen Straßen und Plätzen verhindern kann. Ein generelles Konsumverbot, das Städte und Gemeinden für bestimmte Örtlichkeiten und bestimmte Zeiten aussprechen dürfen, lässt sich politisch nicht durchsetzen. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) fände es zwar in Ordnung, auch der Innenminister Reinhold Gall (SPD). Doch spielen weder die Grünen noch die Sozialdemokraten mit.

Erstaunlich eigentlich, denn gerade die SPD ist nicht bekannt für massiven Widerstand gegen wachsendes Regelungsbedürfnis seitens des Staates. Dieses träfe sich mit dem Wunsch des belästigten Bürgers, zum Handy zu greifen, 110 zu wählen und so das Problem an die polizeiliche Obrigkeit delegieren zu können. Das geschieht gewiss oft genug. Die Leidtragenden sind so oder so die Polizisten, die entweder ein Alkoholverbot durchsetzen oder lästig werdende Trunkenbolde in die Schranken weisen müssen. Man kann die Verantwortung an Uniformierte abgeben. Zuvor darf man sich aber schon überlegen, welche anderen Möglichkeiten es gibt, das öffentliche Schautrinken zu sanktionieren. Wenn ein Runder Tisch das leistet, warum nicht?

07 Sonderheft zur Einkommensrunde 2013

Quelle: dbb und tarifunion

Der dbb beamtenbund und tarifunion hat zur Einkommensrunde 2013 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder die Sonderausgabe „dbb spezial“ veröffentlicht. Gedruckte Exemplare des Hefts werden in diesen Tagen per Post an diejenigen übersandt, die Bestellungen für das „dbb spezial“ aufgegeben haben beziehungsweise sich im Postverteiler für die Flugblätter „dbb aktuell“ befinden.

Das Sonderheft steht außerdem unter www.dbb.de/themen/einkommensrunde-2013 zum Download zur Verfügung.



08 Endspurt bei der DPoIG-Mitgliederwerbeaktion

Quelle: dpolg-bw

Die DPoIG-Werbeaktion ist bislang sehr gut gelaufen. Nur noch bis zum 31. Januar 2013 besteht die Möglichkeit, zu den unten genannten Sonderkonditionen bei uns Mitglied zu werden und u.a. künftig uneingeschränkt von den umfassenden gewerkschaftlichen Serviceleistungen (Rechtsschutz, Regressversicherung, Beratung u.v.a.m.) zu profitieren. Wer jetzt noch Mitglied werden will, muss sich schnell entscheiden. Auf geht's! Anfang Februar findet die Verlosungsaktion statt, bei der Goldpreise im Wert von bis zu 1.500 Euro zu gewinnen sind.

Mitgliederwerbeaktion

„DPoIG – Gold wert!“



Mitglied bei der **DPoIG Baden-Württemberg** zu werden, aber auch Neumitglieder für die **DPoIG Baden-Württemberg** zu werben lohnt sich!

Und jetzt erst recht:

Vom **1. November 2012 bis zum 31. Januar 2013** läuft unsere neue Mitgliederwerbeaktion

„**DPoIG – Gold wert!**“.

Der monatliche Mitgliedsbeitrag für jedes Neumitglied beträgt für **sechs Monate nur 1,- €**. Außerdem erhält jedes Neumitglied einen **Einkaufsgutschein im Wert von 25,- €**.

Werber erhalten für jedes Neumitglied ebenfalls einen **Einkaufsgutschein im Wert von 25,- €**.

Und gerade weil die DPoIG Gold wert ist, legen wir noch einen drauf:

Wir verlosen sowohl unter den **Neumitgliedern** als auch unter den **Werbem** jeweils **1, ½, ¼, und 1/10 Unze Gold**.

Für Werber gilt: Je höher die Anzahl der geworbenen Neumitglieder, desto höher die Gewinnchancen!

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Beitrittsformulare müssen spätestens bis zum 31. Januar 2013 bei der Geschäftsstelle eingegangen sein.



QR-Code einfach mit dem QR-Code-Reader Ihres Smartphones scannen und Sie gelangen direkt auf unsere Internetseite, auf der Sie den Flyer zum Download finden.

<http://dpolg-bw/goldwert>

Ende DPoIG-ID Nr. 01/2013